

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

9/XXVIII/9

12. Januar 1973

Schattenseiten der Wohlstandsteigerung

Bekämpfung der Umweltgefahren erfordert
Grundsatzentscheidungen

Von Albert Osswald
Ministerpräsident des Landes Hessen

Seite 1 und 2 / 71 Zeilen

Allianz der drei Ebenen

Die nächsten "Prüfungen" für die SPD sind
Kommunal- und Landtagswahlen

Von Jockel Fuchs
Vorsitzender des Kommunalpolitischen Aus-
schusses der SPD und Oberbürgermeister von
Mainz

Seite 3 und 4 / 60 Zeilen

IOS und kein Ende

Die deutschen Später sind klüger geworden

Seite 5 und 6 / 53 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 129 406
Presserhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 896 848 / 896 847/
888 846 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Schattenseiten der Wohlstandssteigerung

Bekämpfung der Umweltgefahren erfordert Grundsatzentscheidungen

Von Albert Osswald

Ministerpräsident des Landes Hessen

Es ist in den Diskussionen der letzten Jahre zu einer Binsenweisheit geworden, daß die Umweltgefährdung in unmittelbarem Zusammenhang mit der Wohlstandssteigerung steht. Die meisten Prozesse unserer technischen Kultur führen in dem Maße zu Abfallbeseitigungsproblemen, in dem Produktion und Konsum anwachsen. Je größer der materielle Wohlstand unserer Gesellschaft, desto stärker auch die Gefährdung der Umwelt. Die Formel von der "Bruttosozialverschmutzung" besagt, daß mit der Steigerung des Bruttosozialprodukts eine entsprechende Steigerung an Abfall und Schadstoffen einhergeht.

Allmählich beginnt sich daher die Ansicht durchzusetzen, daß das Wirtschaftswachstum, sobald ein gewisser Wohlstand erreicht ist, in Bezug auf die Qualitätsanforderungen immer stärker überwacht werden muß. Mit anderen Worten: wir müssen eine Grundsatzentscheidung darüber treffen, wieviel vom Sozialproduktzuwachs der Wirtschaft für umweltsanierende und umweltsichernde Maßnahmen verwandt werden soll, oder ob dieser Zuwachs auch weiterhin primär der privaten Verfügung zuzuführen ist. Erst wenn wir die Kosten des Umweltschutzes in unser volkswirtschaftliches Rechnungswesen mit einbeziehen, werden wir auch besser über die Finanzierung entscheiden können - also über Steuern, Gebühren und Preise.

Und hier sind wir an dem Punkt, wo allzu schnell das Stichwort "Wettbewerbsnachteil" in die Debatte geworfen wird. Ich bin davon überzeugt, daß mit einer leistungsfähigen Umweltpolitik langfristig die gesamtwirtschaftliche Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft gesteigert wird. Nicht zuletzt gilt dies auch deshalb, weil für die Bevölkerung die Umweltbedin-

gungen einen immer höheren Stellenwert gewinnen.

Zur besseren Erforschung der komplizierten Wege der Schäden vom Verbraucher zu den letztlich Betroffenen ist der Auf- und Ausbau eines umfassenden Maß- und Kontrollsystems eine vorrangig zu fördernde Aufgabe. Der Staat übernimmt die Verpflichtung, aus den systematisch erarbeiteten Erkenntnissen regelnde Eingriffe abzuleiten. Daraus darf aber nicht gefolgert werden, daß die öffentliche Hand auch zur Übernahme der Kosten für Umweltschutzmaßnahmen verpflichtet ist. Gerade in einer marktwirtschaftlichen Ordnung müssen die Kosten, die für die Beseitigung oder Vermeidung von Umweltschäden entstehen, grundsätzlich demjenigen auferlegt werden, der sie mit seinen Produkten oder Dienstleistungen verursacht.

Wenn die Unternehmen mit umweltverhaltenden Aufwendungen belastet werden, so ist das für die Betroffenen gleichbedeutend mit einer Erhöhung ihrer Produktionskosten. Es liegt nahe, daß die Unternehmen versuchen werden, die gestiegenen Produktionskosten auf die Preise und damit letztlich auf die Verbraucher abzuwälzen. Inwieweit dies gelingt, ist natürlich primär eine Frage der jeweiligen Marktsituation. Auf der anderen Seite wird die konsequente Anwendung des Verursacherprinzips aber auch dazu beitragen, daß sich die Wirtschaft umweltfreundlicher verhält. Denn auf die Dauer wird sich sicher die Erkenntnis durchsetzen, daß es billiger ist, durch neue Technologien oder durch Umstellung der Produktions- und Verbrauchsgewohnheiten Umweltschäden von vornherein zu vermeiden, als später zu ihrer meist sehr kostspieligen Beseitigung herangezogen zu werden.

In den vergangenen Monaten - insbesondere während des Bundestagswahlkampfes - hat sich die CDU/CSU wiederholt für das Verursacherprinzip ausgesprochen. Umso erstaunlicher ist es, daß die CDU/CSU-regierten Länder in der Bundesratssitzung vom 1. Dezember 1972 plötzlich versuchten, einen engen Zusammenhang zwischen dem Umweltprogramm und dem bundesstaatlichen Finanzausgleich zu konstruieren. Gleichzeitig lehnten diese Länder eine strenge Handhabung des Verursacherprinzips ab, nach der Aufwendungen der öffentlichen Hand für Umweltschutzmaßnahmen nur ausnahmsweise in Betracht kämen. Hier zeichnet sich für den objektiven Beobachter die Gefahr einer sukzessiven Aushöhlung des Verursacherprinzips ab - vielleicht war die Haltung der CDU/CSU-Länder im Bundesrat sogar ein erster Versuch, aus dem Ausnahmefall der Umweltschutzfinanzierung durch öffentliche Gelder einen Regelfall zu machen. Hier sei der Union deutlich gesagt: Es wird beim Umweltschutz keine faulen Kompromisse geben - wer für den Schaden verantwortlich ist, muß auch zahlen! (-/12.1.1973/ks, ex)

Allianz der drei Ebenen

Die nächsten "Prüfungen" für die
SPD sind Kommunal- und Landtagswahlen

Von Jockel Fuchs

Vorsitzender des Kommunalpolitischen
Ausschusses der SPD und Oberbürgermeister von Mainz

Der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unter ihrem Vorsitzenden und Kanzler Willy Brandt ist am 19. November des vergangenen Jahres ein politisches Vertrauenskapital zugewachsen, wie selbst Optimisten es noch vor wenigen Jahren für völlig ausgeschlossen gehalten haben. Selbst im Lande Rheinland-Pfalz, auch im Saarland, in Schleswig-Holstein und - noch etwas mehr lokalisiert - in der Bischofsstadt Trier - sind die Uhren nicht mehr auf CDU-Zeit fixiert. In zahllosen CDU-Hochburgen sind wir hautnah an die Unionsparteien herangekommen, nicht selten haben wir sie erstmals überholt.

Die Bundestagswahlen und die Analysen, die seither erstellt wurden, haben deutlich werden lassen, daß der Bürger und Wähler mündiger, politischer und wählerischer geworden ist.

Angeblich traditionelle Bindungen lockern sich beim kritischen Prüfen politischen Tuns und Wollens, Erstbindungen begründen weniger denn je eine dauerhafte Verhaltenstradition. Die großen Wählerfluktuationen müssen als ein Anzeichen dafür gewertet werden, daß ein zunehmender Teil der Bürger von Wahl zu Wahl über seine Stimmabgabe bewußt neu entscheidet.

Dies gilt es sehr ernst zu nehmen angesichts der Tatsache, daß rund 20 vH. der Wähler, die am 19. November z.B. in Rheinland-Pfalz SPD wählten, sich 1969 anders entschieden hatten. 51 vH. der Erstwähler haben ihren politischen Einstand bei der SPD versucht, was 16 vH. unserer Gesamtstimmenzahl ausmacht.

Mehr denn je wird der sich stets kritisch neu orientierende Staatsbürger die Stunde regieren, der "Wechselwähler". Der politische Kredit, den der Bürger mit seiner Wahlstimme gegeben hat, muß

praktisch täglich neu erworben werden, ganz bestimmt aber von Wahl zu Wahl.

Für unsere Partei in Rheinland-Pfalz, die 1974 Kommunalwahlen und 1975 Landtagswahlen zu bestehen hat, stellt sich also ein ganz konkretes Ziel: das große Maß an Zustimmung, das die SPD auf bundespolitischer Ebene gefunden hat, für unsere Kommunal- und Landespolitik zu erwerben und zu sichern. Unsere Chance, auch im Landtag in Mainz eine politische Wachablösung herbeizuführen, war nie größer. Die Kommunalwahlen 1974 sind eine wichtige Etappe auf dem Weg zu diesem Ziel. Für Baden-Württemberg, das im Frühjahr 1973 bereits Kreistagswahlen - wegen der Kreisreform - abzuhalten hat - gilt praktisch dasselbe.

Unsere Arbeit zu diesem Ziel hin muß sich mehr als bisher an den tatsächlichen Zusammenhängen der Politik orientieren. Die Werbung für sozialdemokratische Politik muß stets berücksichtigen, daß Kommunal-, Landes- und Bundespolitik voneinander abhängige Funktionskreise unserer politischen Ordnung sind. In wichtigen Fragen ist jede Ebene von der anderen abhängig. Dies muß auch in der Organisation unserer politischen Arbeit zum Ausdruck kommen.

Im Hinblick auf die nächsten großen politischen "Prüfungen" appelliere ich daher an die Mandatsträger in Bund, in den Ländern und auf Gemeindeebene in regionalen Arbeitsgemeinschaften möglichst eng zusammenzuarbeiten, um von dieser Basis aus gemeinsam in die regionale und lokale Öffentlichkeit hineinzuwirken.

Dieser "Allianz der drei Ebenen" wird es leichter fallen, die Einheit sozialdemokratischer Politik in ihren Zielsetzungen deutlich zu machen. Im regionalen Bereich muß sichtbar werden, daß z.B. auch der Bundestagsabgeordnete die Entscheidungen der Partei in landespolitischen Fragen oder in Kreis und Stadt mitträgt und umgekehrt.

Daraus wird jene Glaubwürdigkeit sozialdemokratischer Politik erwachsen, die wir zwingend brauchen, um das jetzt gewonnene Terrain für die Entscheidungen der kommenden Monate und Jahre zu sichern.

(-/12.1.1973/ks. ex)

IOS und kein Ende

Die deutschen Sparer sind klüger geworden

Mancher Staat und manche Manager beneiden die Bundesrepublik um den Sparfleiß der Bürger in diesem Land. Denn ohne dies Geld könnte die Industrie vieles nicht finanzieren, müßte der Staat eine andere Politik betreiben. Mindestens 12 vH. des verfügbaren Einkommens - das sind zwischen 60 und 70 Milliarden DM - legen die privaten Haushalte auf die hohe Kante.

Weder IOS-Boss Bernie Cornfeld noch sein deutscher Paladin Erich Mende haben die Bundesbürger so vergraulen können, daß sie nun alles Geld sozusagen "auf den Kopf hauen". Eher ist das Gegenteil eingetreten. Das letzte Jahr hat wohl die höchste Sparquote seit Kriegsende gebracht. Nur: IOS und Verwandtschaft haben davon nicht mehr profitiert. Das mag aber nicht zuletzt auch daran gelegen haben, daß in der Bundesrepublik immer noch der Anti-IOS-Virus grassiert und dies in Gestalt von noch rund 350.000 Geschädigten, die von den miesen Minus-Machern unter der protzigen Flagge im wahrsten Sinne des Wortes hintergangen worden sind. Sie haben ihr Geld auf einen Markt getragen, von dem der Mister Bernie Cornfeld wahrscheinlich und der vermeintliche IOS-Retter, Robert D. Vesco, wohl mit Sicherheit beachtliche Beträge beiseitegeschafft haben. Nach Costa Rica oder sonstwohin: auf jeden Fall unerreichbar für deutsche oder amerikanische Strafverfolgungsbehörden.

Es mußte aber wohl erst zu einer solchen Pleite kommen, bevor sich der Gesetzgeber bequeme, jeden, der um deutsches Sparkapital buhlen wollte und will, durch eine harte Prüfung zu zwingen. Immerhin ist das Auslands-Investmentgesetz wohl so gut geraten, daß inzwischen die meisten der unsicheren Kandidaten freiwillig oder gezwungenermaßen vom deutschen Markt verschwunden sind. Nur hier und da haben sich einige Residuen halten können. Aber auch diese publizistischen Bedarfs-Blüten locken

kaum noch genug Kapital an. Die deutschen Sparer sind - soll man sagen: dank IOS - hellhörig geworden. Vor allem zinsbewußt.

IOS-Manager versprachen - wie das mancher Mann von manchem off-shore-fond und von einigen "Exoten" noch heute tun - goldene Berge. Das Biedere Gebahren deutscher Kreditinstitute fiel ab. Aber nur im Vergleich zu der von Erich Mende manchmal imitierten Cornfeld'schen Großsprecherei. Denn das IOS-Management machte Vermögen erst einmal für IOS, und gar nicht für jene, die ihr Geld zum vermeintlichen Wundertäter trugen.

Vielleicht ist heute genau deshalb nicht mehr die Regel, daß das Geld einfach zur Kasse getragen oder gar im Sparstrumpf verwahrt wird. Immerhin lassen sich durch geschickte, vom Gesetzgeber ausdrücklich ermöglichte und sogar geschätzte und prämierte Kombinationen von Geldanlagen Gewinne erzielen, von denen die Cornfelds und Vescos nicht einmal intern zu träumen wagten.

Neben ihrer respektablen Rendite haben solche Anlagemöglichkeiten genau jenen Vorzug, den das IOS-Management geflissentlich umging: Unabhängige Fachleute wachen über das Geschäftsgebahren jener Institute, die heute wie schon vor dem IOS-Rausch bieder und bisweilen sogar behäbig, wenngleich auch in kesser Konkurrenz und zu kalkuliertem eigenen Nutz und Frommen um die jährlichen Sparmilliarden werben.

Theodor Tremmes

(-/12.1.1973/bgj/ex)